

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
 Einleitung	 1
 Erster Teil: Ein Überblick	 5
<i>1. Kapitel: Das Planfeststellungsverfahren</i>	<i>7</i>
<i>2. Kapitel: Airbus in Hamburg-Finkenwerder</i>	<i>22</i>
<i>3. Kapitel: Die Verwaltungsverfahren zu den Werkserweiterungen 2000 und 2004</i>	<i>32</i>
 Zweiter Teil: Planfeststellungsbeschluss zur Werkserweiterung im Jahr 2000	 39
<i>4. Kapitel: Inhalt und Schicksal des Planfeststellungsbeschlusses – Ein Überblick</i>	<i>41</i>
<i>5. Kapitel: Die Dichotomie privatnütziger und gemeinnütziger Vorhaben – Ein überholtes Konzept?</i>	<i>69</i>
<i>6. Kapitel: „Wasserrechtlicher“ Teil</i>	<i>86</i>
<i>7. Kapitel: „Luftrechtlicher“ Teil</i>	<i>143</i>
<i>8. Kapitel: Die gemeinsame Abwägungsentscheidung</i>	<i>152</i>
<i>9. Kapitel: Die Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft</i>	<i>166</i>
<i>10. Kapitel: Kritik am Planfeststellungsbeschluss zur DA-Erweiterung</i>	<i>191</i>

Dritter Teil: Planfeststellungsbeschluss für die Airbus Start- und Landebahnverlängerung (2004)	219
<i>11. Kapitel: Intention des Vorhabens und Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses vom 29.04.2004</i>	<i>221</i>
<i>12. Kapitel: Drei Beschlüsse in sechs Tagen</i>	<i>224</i>
<i>13. Kapitel: Gerichtliche Überprüfung</i>	<i>228</i>
<i>14. Kapitel: Planrechtfertigung – Der Zusammenhang mit dem Planfeststellungsbeschluss zur DA-Erweiterung 2000</i>	<i>235</i>
<i>15. Kapitel: Die betroffenen Belange</i>	<i>238</i>
<i>16. Kapitel: Die Abwägungsentscheidung</i>	<i>264</i>
<i>17. Kapitel: Stellungnahme zum Planfeststellungsbeschluss zur Verlängerung der Start- und Landebahn</i>	<i>269</i>
 Zusammenfassung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse	 273
 Schlusswort	 277
 Anhang	 281
Literaturverzeichnis	283
Sachregister	297

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
Erster Teil: Ein Überblick	5
<i>1. Kapitel: Das Planfeststellungsverfahren</i>	<i>7</i>
A. Gang eines Planfeststellungsverfahrens	7
B. Die materiell-rechtliche Seite des Planfeststellungsbeschlusses	13
I. Planrechtfertigung	13
II. Zwingende Vorgaben	16
III. Abwägung	17
C. Die besondere Rolle der Abwägung im Planfeststellungsverfahren	17
D. Abschließendes Schema	21
<i>2. Kapitel: Airbus in Hamburg-Finkenwerder</i>	<i>22</i>
A. Geschichte des Standortes Hamburg-Finkenwerder	22
B. Das Unternehmen Airbus	24
C. Der Flugzeugtyp A380	28
D. Produktionsablauf des A380	29
<i>3. Kapitel: Die Verwaltungsverfahren zu den Werkserweiterungen 2000 und 2004</i>	<i>32</i>
A. Die Verfahren zum „Planfeststellungsbeschluss zur DaimlerChrysler Aerospace Airbus-Werkserweiterung“ (2000)	32
I. Standortentscheidung für den A380	32
II. Die Verfahren im Überblick	36
B. Die Verfahren zum „Planfeststellungsbeschluss Airbus Start- und Landebahnverlängerung“ (2004)	37
C. Resümee	38

Zweiter Teil: Planfeststellungsbeschluss zur Werkserweiterung im Jahr 2000	39
 <i>4. Kapitel: Inhalt und Schicksal des Planfeststellungsbeschlusses – Ein Überblick</i>	 41
A. Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses vom 08.05.2000	41
B. Ablauf der Baumaßnahmen	46
C. Verfahrensrechtliche Besonderheiten – Identität der Beteiligten	47
I. Ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren für zwei Anträge	47
II. Ein bitterer Beigeschmack: Die „Teilidentität“ der Beteiligten im Planfeststellungsverfahren	49
III. Stellungnahme	51
D. Ergänzungs- und Änderungsbeschlüsse	51
I. Ergänzungsbeschluss vom 30.06.2000: Schutzauflagen für die Rammarbeiten	53
II. Anordnung der sofortigen Vollziehung vom 15.06.2001: ergänzende Schutzauflage	53
III. Änderungsbeschluss vom 28.02.2002: Einschränkung des Flugbetriebs	54
IV. Zusammenfassung	54
E. Der Gerichtsmarathon: Übersicht zu den gerichtlichen Verfahren	55
I. Verwaltungsgerichtliche Beschlüsse – Baubeginn ja oder nein?	55
1. Der Beschluss des Verwaltungsgerichts Hamburg vom 18.12.2000: Baustopp!	55
2. Beschlüsse des Obergerverwaltungsgerichts Hamburg	57
a) Wasserrechtliche Teilentscheidung vom 19.02.2001: Aufhebung des Baustopps	57
b) Luftrechtliche Teilentscheidung vom 19.07.2001: vorübergehende Steigerung der Anzahl an Flügen	59
c) Beschluss vom 27.02.2001: Naturschutzverbände ohne Antragsbefugnis	59
II. Verfassungsbeschwerden	60
1. Beschluss vom 10.05.2001: Keine Antragsbefugnis der anerkannten Naturschutzverbände	60
2. Beschluss vom 05.09.2001: Keine Verletzung der Rechtsweggarantie	60
III. Der weitere Verlauf der Verfahren im vorläufigen Rechtsschutz	61
IV. Ebenso erfolglos – Die Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes in anderen Bundesländern	62
V. Die jahrelangen Verfahren in der Hauptsache	62
1. Erstes abgetrenntes Verfahren ab dem Jahr 2002	63
a) VG Hamburg: Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses	63
b) OVG Hamburg: Doch keine Aufhebung!	64
c) BVerwG: Endgültig erfolglos	65
2. Zweites abgetrenntes Verfahren ab dem Jahr 2008	66

VI. Zusammenfassung und Stellungnahme	67
F. Zur folgenden Darstellung	67
 <i>5. Kapitel: Die Dichotomie privatnütziger und gemeinnütziger Vorhaben – Ein überholtes Konzept?</i>	 69
A. Die Bedeutung und Aktualität des Streits	69
B. Ein übereilter Rettungsversuch: Das Gesetz zum Erhalt und zur Stärkung des Luftfahrtindustriestandorts Hamburg vom 18. Juni 2002	 73
I. Intention und Inhalt des Gesetzes	73
II. Kritik	75
1. Einzelfallgesetz	75
2. Gesetzgebungskompetenz	78
3. Kriterien des BVerfG nach der Boxberg-Entscheidung	79
a) Erstes Kriterium: Der umschriebene Gemeinwohlzweck	80
b) Zweites Kriterium: Keine ausreichenden Sicherungsmaßnahmen . .	80
c) Drittes Kriterium: Keine Festlegung der grundlegenden Enteignungsvoraussetzungen und Verfahren zu ihrer Ermittlung . .	 82
4. Zusammenfassung	83
III. Die gerichtlichen Entscheidungen zur Lex Airbus	83
IV. Zusammenfassung und Stellungnahme	85
 <i>6. Kapitel: „Wasserrechtlicher“ Teil</i>	 86
A. Planrechtfertigung	86
I. Planrechtfertigung für den wasserrechtlichen Teil des Vorhabens DA-Erweiterung	 87
1. Der Plan ist gerechtfertigt	87
a) Die fachplanerischen Ziele	87
b) Der Bedarf	88
2. Einschätzung der Gerichte zur Planrechtfertigung	89
II. Zusammenfassung und Stellungnahme	90
III. Die Frage nach einem Alternativverhalten der Vorhabenträgerin	91
B. Zwingendes Recht – Umweltschutzrecht	93
I. Auswirkungen auf Natur und Umwelt	93
II. Die Ramsar-Konvention	95
1. Der völkerrechtliche Vertrag mit wenig Durchsetzungskraft	95
2. Starke Auswirkungen auf das Ramsar-Schutzgebiet	96
3. Stellungnahme	97
III. Schutz nach dem europäischen Umweltrecht	97
1. Die Vogelschutzrichtlinie	97
2. Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie	99
3. Die Schutzgebietsausweisung als Grundlage der Vorhabenplanung . .	101
4. Auswirkungen im Planfeststellungsverfahren und -beschluss	104
a) Anwendbarkeit der FFH-Richtlinie auf das Vogelschutzgebiet . . .	105

b) Auswirkungen der fehlenden Ausweisung als FFH-Gebiet	106
aa) Die bisherige Rechtsprechung des BVerwG	107
bb) Die Entscheidung des EuGH	109
cc) Zusammenfassung	111
c) Voraussetzungen für einen zulässigen Eingriff in ein FFH-Schutzgebiet	111
aa) Alternativlosigkeit des Vorhabens	112
(1) Das Zumutbarkeitskriterium	112
(2) Der Suchraum für die Alternativensuche	113
(3) Die Prüfung von Alternativen nach der FFH-Richtlinie im Planfeststellungsverfahren DA-Erweiterung	115
bb) Die zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses nach Art. 6 Abs. 4 UAbs. 1 FFH-Richtlinie	117
cc) Die strengeren Voraussetzungen nach Art. 6 Abs. 4 UAbs. 2 FFH-Richtlinie	119
5. Keine gerichtliche Prüfung zu den EU-Umweltschutzrichtlinien	123
6. Zusammenfassung	123
IV. Schutz als Landschaftsschutzgebiet nach dem nationalen Naturschutzrecht	124
1. Das Landschaftsschutzgebiet	124
2. Das Mühlenberger Loch als Landschaftsschutzgebiet	125
3. Keine Auswirkungen im Planfeststellungsverfahren und -beschluss	127
4. Keine gerichtliche Prüfung	128
5. Stellungnahme	128
V. Zusammenfassung der Umweltschutzbelange	128
C. Weiteres zwingendes Recht – Planungsrechtliche Vorgaben	129
D. Abwägungsrelevante Belange	130
I. Die Einwände von Betroffenen	130
1. Der hinzunehmende Lärm	131
2. Keine Gefahr für den Hochwasserschutz	132
3. Anscheinend kein Hangrutsch	133
4. Keine Veränderung des Kleinklimas – keine Gefahr für den Obstanbau	134
5. Die nur kurzfristig erheblichen Schadstoffbelastungen	135
6. Das Mühlenberger Loch bleibt Erholungsort	135
7. Keine optische Beeinträchtigung	136
8. Keine Wertminderung	137
9. Zusammenfassung und Stellungnahme	137
II. Industrie und Arbeit	137
E. Zusammenfassende Würdigung	140
 7. Kapitel: „Luftrechtlicher“ Teil	143
A. Planrechtfertigung	143
B. Die betroffenen Interessen: Anwohner und Umwelt vs. Industrie und Arbeit	145

I. Anwohnerinteressen	145
1. Die Lärmbeeinträchtigung im Wohnbereich und außerhalb	145
2. Anscheinend keine Gefahr durch Wirbelschleppen	148
3. Keine erheblichen Schadstoffbelastungen	149
4. Auswirkungen auf den Planfeststellungsbeschluss	149
II. Naturschutz	149
III. Industrie und Arbeit	151
C. Zusammenfassung der Aspekte und Stellungnahme	151
 8. Kapitel: Die gemeinsame Abwägungsentscheidung	152
A. Die besondere Stellung der Gesamtabwägung im Planfeststellungsverfahren	152
B. Die nachvollziehbare Entscheidung	155
C. Planungsalternativen	156
I. Vorbemerkungen	156
II. Die Alternativen zum Standort Hamburg-Finkenwerder	158
III. Stellungnahme	161
D. Das überwiegende Interesse an der Werkserweiterung – Die behördliche Abwägung i. e. S.	162
 9. Kapitel: Die Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft	166
A. Grundlagen	166
I. Ziele der Kompensationsmaßnahmen	166
II. Wo muss die Kompensation erfolgen?	169
III. Der „richtige“ Zeitpunkt der Kompensationsmaßnahme	170
IV. Zusammenfassung	173
B. Staatsvertrag mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein	174
C. Die einzelnen Kompensationsmaßnahmen	175
I. Hahnöfersand – die realisierte Kompensationsmaßnahme	175
II. Haseldorfer Marsch – Der geplante Eingriff in ein Schutzgebiet	177
1. Die geplante Maßnahme	177
2. Kompensation durch Zerstörung eines bestehenden Schutzgebietes?	177
3. Verwaltungsgerichtliches Verfahren	179
III. Hörner Au – Kompensation für die Kompensation?	180
IV. Borghorster Elbwiesen – Eine neue und realisierbare Idee!	181
V. Zusammenfassung	183
D. Durften die Verfahren zu den Kompensationsmaßnahmen abgetrennt werden?	184
I. Die rechtlichen Grundlagen der Verfahrenstrennung	184
II. Kein Einfluss auf die Beteiligungsrechte Dritter	187
E. Zusammenfassung	188

<i>10. Kapitel: Kritik am Planfeststellungsbeschluss zur DA-Erweiterung</i> . . .	191
A. Einbringung der Öffentlichkeitsbelange im Planfeststellungsverfahren . .	191
I. Beteiligung der Bürger im Verfahren	192
1. Beteiligungsmodalitäten de lege lata	192
2. Kritik am bisherigen Verfahren	194
a) Eindruck der fehlenden Objektivität	194
b) Die Anforderungen an die betroffenen Bürger	194
c) Zeitpunkt des Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens	196
d) Missbrauch des Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens	197
e) Die sogenannte Planerhaltung	198
f) Novellierungsvorschläge	199
3. Die Beteiligung im konkreten Verfahren	201
II. Verbandsbeteiligung	201
1. Die umfassende Beteiligung im behördlichen Planfeststellungsverfahren	202
2. Die stark eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten im gerichtlichen Verfahren	203
a) Die damals bestehende Lage	203
b) Klagebefugnis der anerkannten Naturschutzverbände im Wandel . .	204
3. Zusammenfassung und Stellungnahme	209
4. Ausblick: Ausweitung des Klagerechts	210
B. Einschränkung des Produktionsumfangs am Standort	214
C. Problematische Kosten-Nutzen-Betrachtung	214
D. Anwendung des FFH-Rechts	216
E. Lange Zeit keine ausreichende Kompensation	217
F. Resümee	217
 Dritter Teil: Planfeststellungsbeschluss für die Airbus Start- und Landebahnverlängerung (2004)	219
 <i>11. Kapitel: Intention des Vorhabens und Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses vom 29.04.2004</i>	221
<i>12. Kapitel: Drei Beschlüsse in sechs Tagen</i>	224
A. Erster Änderungsbeschluss vom 25.11.2005: Anordnungen zu Gunsten des Naturschutzes (Fledermäuse)	224
B. Ergänzungsplanfeststellungsbeschluss vom 28.11.2005: Begründungsergänzung	225
C. Zweiter Änderungsbeschluss vom 30.11.2005: Verlegung der Baumaßnahmen	226
D. Stellungnahme	227

<i>13. Kapitel: Gerichtliche Überprüfung</i>	228
A. VG Hamburg: Keine sofortige Vollziehung	229
B. OVG Hamburg: Weiterhin Baustopp	230
I. Beschwerdeverfahren zu den Anträgen der eigentumsrechtlich Betroffenen	230
II. Beschwerdeverfahren zu Anträgen anerkannter Naturschutzverbände . .	232
III. Beschwerdeverfahren der nicht in ihrem Eigentum betroffenen Nachbarn	232
C. Der weitere Verfahrensverlauf: Es kann gebaut werden	232
D. Zusammenfassung	234
 <i>14. Kapitel: Planrechtfertigung – Der Zusammenhang mit dem Planfeststellungsbeschluss zur DA-Erweiterung 2000</i>	235
A. Die Planrechtfertigung im Planfeststellungsverfahren	235
B. Auswirkungen durch das zwischenzeitliche „Entfallen der Planrechtfertigung“	236
 <i>15. Kapitel: Die betroffenen Belange</i>	238
A. Vorgaben aus der Flächennutzungsplanung	238
B. Naturschutz	239
I. Umweltverträglichkeitsprüfung und darin festgestellte Auswirkungen auf Natur und Landschaft	239
II. Der Fledermausschutz	240
III. Exkurs: Kompensation	242
IV. Zusammenfassung	242
C. Nachbarinteressen	242
I. Enteignung	242
1. Enteignungsrechtliche Wirkungen von Planfeststellungsbeschlüssen .	242
2. Die enteignungsrechtliche Vorwirkung des Planfeststellungsbeschlusses und die Boxberg-Kriterien	244
3. Einfluss des Werkflugplatz-Enteignungsgesetzes	248
a) Die formelle Rechtmäßigkeit des Gesetzes	249
aa) Gesetzgebungskompetenz	249
(1) Kompetenz im Bereich des Luftverkehrs (Art. 73 Abs. 1 Nr. 6 GG)	249
(2) Kompetenz zur Regelung von Enteignungen (Art. 74 Abs. 1 Nr. 14 GG)	250
(3) Exkurs: Änderung des LuftVG	250
(4) Kompetenz im Bereich der Wirtschaft (Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG)	252
(5) Zusammenfassung	253
bb) Einzelfallgesetz, Art. 19 Abs. 1 GG	253
cc) Zusammenfassung	254

b) Materielle Voraussetzungen und die Wirkung des Gesetzes	
auf das Vorhaben	254
aa) Die Wirtschaftsförderung als Allgemeinwohlziel	254
bb) Die weiteren Anforderungen an das und aus dem Gesetz	255
cc) Einfluss des Werkflugplatz-Enteignungsgesetzes	
auf die Enteignung	257
4. Zusammenfassung	258
II. Weitere Beeinträchtigte	259
1. Bauphase	259
2. Betriebsphase	259
III. Zusammenfassung	261
D. Industrie/Arbeit	262
E. Zusammenfassung	263
 16. Kapitel: Die Abwägungsentscheidung	264
A. Die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde	264
I. Alternativenprüfung	264
II. Abwägung im engeren Sinne	266
B. Kritik	267
 17. Kapitel: Stellungnahme zum Planfeststellungsbeschluss zur Verlängerung der Start- und Landebahn	269
 Zusammenfassung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse	273
 Schlusswort	277
 Anhang	281
Literaturverzeichnis	283
Sachregister	297